

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Januar 2015

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

Inhalt dieser Ausgabe

- **Peter Koenig: Verrät Frau Merkel die EU? - Wird die EU zur US-Kolonie?**
- **Mehr Demokratie e.V.: Bürgerbegehren und Bürgerentscheide**
- **Chandran Nair: Verheerendes Wachstum**
- **NachDenkSeiten: Der Kampagnenjournalismus hat ein neues und altes Opfer: Griechenland**

Zitat des Monats von [Bertolt Brecht](#):

“Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht.”

"Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren."

- Peter Koenig: **Verrät Frau Merkel die EU? - Wird die EU zur US-Kolonie?**

Mit dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, der sogenannten 'Transatlantic Trade and Investment Partnership' TTIP würde die Souveränität der europäischen Staaten endgültig aufgegeben. Durch die Verabschiedung des TTIP-Abkommens würde die [Ermächtigung zu einer umfassenden Deregulierung, zum Abbau unzähliger Arbeitsplätze und zur Abschaffung der Demokratie](#) erteilt. Das Finanzimperium der US-Konzerne, das heute schon die Politik Washingtons und großer Teile der westlichen Welt bestimmt, würde sich auch die europäischen Staaten einverleiben. Auf dem Spiel stehen das Rechts- und Regulierungssystem der EU und ihrer Mitgliedsstaaten, die europäischen Umweltschutzbestimmungen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit Europas. Ferner würden das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Wasserversorgung sowie die Abwasser- und Müllentsorgung zur leichten Beute für Privatisierer und internationale Investoren, die überwiegend aus den USA stammen dürften.

Ziel ist es, die Gespräche schnell und unter Ausschluss der Öffentlichkeit zum Abschluss zu bringen, damit die Bevölkerung in Europa und in den USA über den wahren Umfang der Vereinbarungen und die davon ausgehenden Bedrohungen nichts erfährt, bevor der Vertrag unterzeichnet ist, dessen Dokumente 30 Jahre lang unter Verschluss gehalten werden sollen. Nur die Mitglieder des speziellen EU-Komitees kennen die Details des Vertrags, dem EU-Parlament und den Parlamenten der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und der Bevölkerung in Europa und in der USA bleiben sie verborgen. Wäre das notwendig, wenn das TTIP-Abkommen den Völkern auf beiden Seiten des Atlantiks nur Vorteile brächte?

Wenn das TTIP-Abkommen verabschiedet und von der EU-Kommission unterzeichnet würde, wäre das ein Desaster unvorstellbaren Ausmaßes für die künftigen Generationen in Europa. Es würde den Völkern Europas ihre von den jeweiligen Verfassungen garantierten Bürgerrechte nehmen und sie zu Sklaven der Industrie- und Finanzkonzerne und deren Führungselite machen.

[Inhalt](#) ↑

- Mehr Demokratie e.V.: **Bürgerbegehren und Bürgerentscheide**

Der Verein 'Mehr Demokratie e.V.' dokumentiert auf seiner Internet-Seite den Stand von Bürgerinitiativen und Volksbegehren für verschiedene Jahre. In Nordrhein Westfalen ist [2014](#) die Zahl der Initiativen gegenüber [2013](#) gesunken, wobei 2013 aus verschiedenen Gründen ein Rekordjahr war. Auch der Erfolg war nicht überwältigend: von 19 in 2014 durchgeführten Bürgerbegehren in NRW waren schließlich 3 erfolgreich: in Drolshagen hatte der Stadtrat ein Begehren gegen die Einrichtung einer neuen Beigeordnetenstelle übernommen. In Solingen erreichte ein Begehren einen Kompromiss über den Zugang zum städtischen Theater. In Essen stimmten die Wähler gegen einen zu teuren Teilneubau der Messe. Für [2015](#) laufen bereits zehn kommunale Bürgerbegehren in NRW.

Sofern verfügbar können aktuelle Stände oder auch die vergangener Jahre bei den entsprechenden [Landesverbänden](#) im Internet aufgerufen werden. Allerdings kann durch den jeweils unterschiedlichen Aufbau der Seiten keine allgemein gültige Anleitung dafür gegeben werden. Baden-Württemberg z.B. bietet für die Jahre 2009-2013 eine [Jahresbilanz für Bürgerentscheide](#) an. Berlin eine Übersicht über [Bürgerbegehren](#) und [Volksbegehren](#). Niedersachsen hat eine Auflistung der [Bürgerbegehren](#). In Bayern wird eine [Bürgerbegehrens-Datenbank](#) geführt.

Eine bundesweite Übersicht ist in den [Volksbegehrensberichten](#) bzw. den [Bürgerbehrensberichten](#) (2014, [2012](#), [2007](#)) zu finden, die auch die Entwicklung der gültigen Regeln pro Bundesland wiedergeben. Zudem wird im letzten Bericht (S. 40) die erfreuliche Tendenz zu bürgerfreundlicheren und faireren Verfahren anerkannt und der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass dieser Trend anhält und auch andere Bundesländer diesen Beispielen folgen. Für zukünftige Reformen werden bundesweite und länderspezifische Aspekte genannt.

[Inhalt](#) ↑

- Chandran Nair: **Verheerendes Wachstum**

Das westliche Wirtschaftsmodell hat sich zwar weltweit durchgesetzt, ist aber [nicht imstande, für seine eigenen Bürger angemessen zu sorgen](#). In den USA hat die Ungleichheit das höchste Niveau seit hundert Jahren erreicht. Seit dem Ende der Rezession Mitte 2009 entfielen 95% der Einkommenszuwächse auf das eine Prozent der Topverdiener. Dagegen liegt das mittlere Einkommen der Einzelhaushalte (ohne die Rentner) heute 12% unter dem des Jahres 2000. In Europa

sieht es kaum besser aus. In Spanien und in Griechenland sind über 50% der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos. Die Staatsverschuldung liegt selbst in Ländern wie Frankreich und Großbritannien inzwischen bei 90% des Bruttoinlandsprodukts.

Das westliche Wachstumsmodell, das auf Konsumsteigerung und der Unterbewertung natürlicher Ressourcen beruht, ist also auch für die entwickelten Länder nicht hinreichend. Allein für den Fleischkonsum in der EU werden in Lateinamerika Futtermittel auf einer Ackerfläche angebaut, die so groß ist wie England (s. [Neuer Bodenatlas](#)). Da die weltweiten Ressourcen nicht für ein Ausweiten des westlichen Wirtschaftens auf die restlichen 85% der Weltbevölkerung ausreichen, kann das Wirtschaftsmodell nicht weiter angewandt werden. Wir müssen zwingend über Alternativen nachdenken.

[Inhalt](#) ↑

• NachDenkSeiten: **Der Kampagnenjournalismus hat ein neues und altes Opfer: Griechenland**

Kaum das bekannt wurde, [dass es in Griechenland am 25.01.2015 zu Neuwahlen kommen wird](#), setzte eine Kampagne gegen die griechische Oppositionspartei Syriza und für die Fortsetzung der von der Troika oktroyierten Austeritätspolitik ein. Wie auf Knopfdruck waren faktisch in allen Leitmedien die gleichlautende Kommentare und Berichte mit dem Tenor zu finden: Die "Reformen" tragen Früchte, die Wirtschaft wachse wieder, nun dürfe auf keinen Fall von der "Sparpolitik" abgewichen werden, ein Wahlsieg der "linksradikalen" Syriza würde die Erfolge der "Reformpolitik" gefährden und Griechenland, ja ganz Europa in eine noch schlimmere Finanzkrise stürzen, usw., usw. Man kann gar nicht anders als dahinter eine politisch gesteuerte Kampagne zu vermuten. Eine Bestandsaufnahme und eine objektive Bilanz der bisherigen "Sparpolitik" sucht man dabei in den Leitmedien vergebens.

Die Fakten sehen so aus: Trotz der Finanzhilfen ist die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 107,3% im Jahr 2006 bis 2013 auf 179,5% gestiegen. Die Wirtschaftsleistung ist zwischen 2010 und 2013 um mehr als 25% eingebrochen, weil das BIP schneller sinkt als die Neuverschuldung reduziert wird. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 27%, die Jugendarbeitslosigkeit sogar bei 58%, mehr als 800'000 Griechen haben auf Grund von Arbeitslosigkeit keine Krankenversicherung mehr, die Selbstmordrate ist drastisch gestiegen, die Säuglingssterblichkeit um 43%. Wo ist hier ein Erfolg der Troika-Austeritäts-Politik zu erkennen? Auch wird verschwiegen, dass gerade das deutsche Lohn- und Sozialdumping der letzten zehn Jahre (Stichwort Agenda 2010) eine wesentliche Ursache für die Eurokrise ist.

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage www.volksinitiative-esm-austritt.de erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.